



# Mut zu politischer Normalität

Aziz Bozkurt

Der Islam gehört zu Deutschland. Ein einfacher Satz. Viel zitiert und stark umstritten. Vielleicht auch deshalb, weil er so abstrakt ist und Raum für Interpretationen lässt. Bei Konservativen und Rechtspopulisten sorgt es für diffuse Ängste, dass mit diesem einen Satz die Akzeptanz vormoderner Werte gemeint sei, während die Mehrheit der Deutschen mit Freude zum Ausdruck bringt, dass ihre Nachbarn muslimischen Glaubens einfach dazugehören. Im Alltag ist die Zugehörigkeit „Normalität“. Muslime arbeiten, leben und lieben wie alle anderen Durchschnittsdeutschen auch.

Der Umgang der Politik mit Muslimen und den Organisationen, die sie zu vertreten beanspruchen, gestaltet sich jedoch komplizierter. Es scheint, als seien Politikerinnen und Politiker – leider zu oft auch mit Blick auf die nächsten Wahlen – verzweifelt auf der Suche nach der richtigen Ansprache und teilweise auch auf der krampfhaften Suche nach EINEM Ansprechpartner für alle Muslime.

## Muslimische Vielfalt begreifen

Die Suche nach diesem einen Ansprechpartner, der dann möglicherweise auch den Zugang zu möglichen Wählerstimmen eröffnet kann sich Politik getrost schenken – sollte dies das Hauptanliegen beim Dialog mit Musliminnen und Muslimen sein. Muslime oder besser gesagt als muslimisch markierte Menschen sind genauso vielfältig, wie es die restliche Gesellschaft auch ist. Schaut man sich die Gesamtheit der in Deutschland lebenden Muslime genauer an, findet man ein ebenso vielfältiges Mosaik von Milieus, Lebensstilen und Einstellungen wie im nicht-muslimischen Bevölkerungsteil. Auch ob sie sich als gläubig, wenig gläubig oder nicht-gläubig beschreiben, ist ähnlich vielfältig wie bei den Christen. Erst wenn wir das in diesem Land begriffen haben, wird der Umgang miteinander entspannter sein. So gilt es zu hoffen, dass Bücher, die die Vielfalt der Muslime aufzeigen, wie „Muslim Girls“ oder die Studie „Musli-

misches Leben in Deutschland“, weiterhin helfen, Licht ins Dunkel zu bringen und Verständnis für die Vielfalt der deutschen Muslime zu entwickeln.

Parteien und ihre Politikerinnen und Politiker müssen den Irrweg verlassen, einen Ansprechpartner und ein einziges Thema als Zugang für muslimische Wählerinnen und Wähler zu suchen. Die Herausforderung liegt in einer ganzheitlichen Ansprache, in der diese noch recht „junge“ Zielgruppe bei allen Themen Berücksichtigung findet – bei Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Soziales oder Gleichstellung. Betrachten wir beispielhaft die Gleichstellungspolitik: Die Sozialdemokratie hat es mit viel Beharrlichkeit geschafft, das Thema Frauenquote in den Führungsetagen großer Unternehmen durchzusetzen – ein Meilenstein in der jüngeren Gleichstellungspolitik! Ein paar Monate nach dem Beschluss im Bundestag zur Frauenquote sorgte ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tragen von Kopftüchern bei Lehrerinnen jedoch für Unruhe. Wäre es da nicht auch Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen, die Frage nach den Folgen eines Kopftuchverbots im Rahmen der Debatten um Gleichstellung auf die Tagesordnung zu setzen? Wie steht es denn um die Wahlfreiheit der Frauen mit Kopftuch? Geht es um ihre ökonomische Unabhängigkeit? Oder führt die Symbolik einer Lehrerin mit Kopftuch dazu, dass die Ungleichheit zwischen Mann und Frau in unseren Schulen propagiert wird?

Es ist sicher kein einfaches Thema, denn mehrere Grundrechte sind in der Frage des Kopftuches berührt. Doch die proaktive Auseinandersetzung würde signalisieren, dass die Sozialdemokratie in allen Themenfeldern auch die Anliegen muslimischer Bevölkerungsgruppen im Blick hat, in diesem Fall derjenigen Musliminnen, die das Kopftuchtragen als ihre religiöse Pflicht ansehen. Das Ergebnis der Diskussionen wird und muss sich am Ende an sozialdemokratischen Grundwerten orientieren – was sicher nicht jedem gefallen wird. Das gilt jedoch für alle Themen und für alle Zielgruppen. Nur sollte man sich vor diesen Themen nicht verstecken.

### **Vertretungsanspruch und -realität**

Findet die Sozialdemokratie auf Basis der eigenen Grundwerte Antworten auf die Fragen deutscher Muslime, so wird sie nicht immer allgemeine Zustimmung

ernten, doch wird sie einzelne Individuen mit ihrer sozialdemokratischen Botschaft erreichen – so wie dies auch bei allen anderen Bevölkerungsgruppen der normale Weg ist. Nichtsdestotrotz stellt sich für Politikerinnen und Politiker die Frage, wie der Umgang mit muslimischen Organisationen vor Ort aussehen sollte. Hierfür ist aus politischer Sicht zunächst die Frage relevant, inwiefern sich Menschen, die sich als muslimisch definieren, von diesen Organisationen vertreten fühlen.

Es geht hierbei nicht darum, die Repräsentanz und Dialogfähigkeit der Organisationen abzuwerten. Denn die Arbeit der Verbände kann besonders wertvoll für das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft sein. Die in den letzten Jahren erhöhte Sichtbarkeit dieser Verbände zeigt eine erfreuliche Tendenz: sie konzentrieren sich zunehmend auf dieses Land und nicht auf Entwicklungen in den Herkunftsländer ihrer Mitglieder. Allerdings muss und kann nicht jeder muslimische Verband für alle Fragen Ansprechpartner für Politiker sein. Die direkte Ansprache des Einzelnen über inhaltliche Angebote sollte immer im Vordergrund stehen, da man sonst nur einen kleinen Teil der Muslime erreicht, wie die folgende Rechnung zeigt:

Laut den aktuellsten Daten leben in Deutschland ca. 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime. Den Großteil bilden dabei mit gut 63 % türkeistämmige Muslime. Nach Konfessionen sind 74 % der Muslime Sunniten und einen weiteren großen Anteil machen mit 13 % die Aleviten aus der Türkei aus, die sich teilweise bzw. größtenteils nicht als Muslime verstehen. Nur ein Viertel der Muslime fühlt sich von den großen Dachverbänden vertreten. Daraus kann man ableiten: Rechnet man die Aleviten heraus, so verbleiben ca. 3,5 Millionen Muslime. Das Viertel, das sich von muslimischen Organisationen vertreten fühlt, entspricht somit 875 000 Muslimen, von denen wiederum knapp 400 000 eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen dürften – analog zum Anteil von 45 % mit deutscher Staatsangehörigkeit aller in Deutschland lebenden Muslime. Da ein gutes Viertel wiederum noch nicht im Wahlalter ist, entspricht das Wählerpotenzial rund 300 000 Personen, die man durch die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen theoretisch ansprechen kann.<sup>1</sup>

---

1 Vgl. [www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik\\_Gesellschaft/DIK/vollversion\\_studie\\_muslim\\_leben\\_deutschland\\_.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DIK/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.html).

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass auch bei Muslimen die gleichen Regeln wie bei christlichen Organisationen gelten: Zustimmung oder Ablehnung eines politischen Vorhabens an der Organisationsspitze bedeutet nicht per se dieselbe Einstellung an der Basis, wie das Beispiel der katholischen Kirche und ihrer Haltung zur „Ehe für alle“ zeigt.<sup>2</sup>

### **Ein Frage der „Normalität“: prüfen der Wertkompatibilität bei Kooperationen**

Ob drei Millionen, 300 000 oder nur drei Personen ist jedoch nicht entscheidend. Wahrnehmen und für die eigene Politik gewinnen wollen muss man als Volkspartei jeden Bürger und jede Bürgerin dieses Landes. Die eben genannten Zahlen sollen lediglich die Aussage untermauern, dass bei Kooperationen eine selbstbewusste Prüfung der Wertekompatibilität angebracht ist. Man muss bei der Suche nach Ansprechpartnern nicht in Aufregung verfallen, insbesondere dann nicht, wenn einer kleinen konservativen Verbandsbasis eine große ungebundene und wahrscheinlich liberalere Gruppe gegenübersteht. Im öffentlichen Diskurs geht es häufig um folgende drei Organisationen: die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), den Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und den Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD). Zusammen mit dem Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) bilden diese Organisationen den Koordinierungsrat der Muslime (KRM). Diese Dachverbände und ihre Organisationen haben meist lange Entstehungsgeschichten und sind eng mit der Migrationsgeschichte der Gastarbeitergeneration verbunden.

Doch genau diese Entstehungsgeschichten tragen einen Ballast mit sich, der noch weiterer Aufarbeitung bedarf. Gerade bei Sozialdemokraten verursachen antisemitische, islamistische und ultranationalistische Ideologien in der Vergangenheit der Verbände großes Unbehagen. Jedoch muss auch zur Kenntnis genommen werden, dass diese Organisationen nicht mehr die von vor 30 Jahren sind. Mittlerweile sind neue Generationen sowohl unter den Mitgliedern als

---

<sup>2</sup> Vgl. [www.n-tv.de/panorama/Mehrheit-der-Katholiken-ist-fuer-Homo-Ehe-article15751491.html](http://www.n-tv.de/panorama/Mehrheit-der-Katholiken-ist-fuer-Homo-Ehe-article15751491.html).

auch auf Führungsebene nachgewachsen und oftmals kommt es zwischen alten und neuen Aktiven zu Richtungsstreitigkeiten. Diese jüngsten Entwicklungen sind eine besondere Chance für politische Akteure. Durch themenbezogene Kooperationen und Aufwertung der neuen muslimischen Aktiven als Ansprechpartnerinnen und -partner können die progressiven Kräfte gestärkt werden. Schafft es die Sozialdemokratie, durch politisches Handeln diese Kräfte zu beleben, wird sie wichtige Bündnispartner innerhalb der organisierten Muslime gewinnen. Man sollte nur genau wissen, mit wem Kooperationen sinnvoll sind, da die eigenen Zielsetzungen nicht beliebig und mit allen Verbänden in Einklang zu bringen sind.

### **Wo lohnt sich ein genauer Blick?**

Die DITIB ist mit ca. 130 000 Mitgliedern der größte Moschee-Dachverband in Deutschland. Kritik an DITIB gibt es immer wieder aufgrund ihrer Eigenschaft als Institution des türkischen Staats unter dem Präsidium für Religiöse Angelegenheiten der Türkei in Ankara. Auswüchse des Auslandseinflusses wurden in jüngster Vergangenheit bspw. im Rahmen des türkischen Wahlkampfes sichtbar, als DITIB-Moscheen bei Wahlkampfveranstaltungen des europäischen AKP-Ablegers UETD (Union Europäisch Türkische Demokraten) organisatorisch mitwirkten. Der lange Arm der Türkei macht sich jedoch auch bei der Besetzung von Führungsämtern bemerkbar, zuletzt durch die Beeinflussung der Vorstandswahlen im hessischen Landesverband durch das türkische Generalkonsulat.<sup>3</sup> Brisanter sind die jüngsten Medienberichte über Geheimdiensttätigkeiten, bei denen über DITIB-Moscheen türkeistämmige Oppositionelle in Deutschland beobachtet wurden.<sup>4</sup> Jüngst lenkten Berichte über Sympathiebekundungen an den IS (Islamischen Staat) in einer Moschee in Dinslaken den

---

3 Vgl. [www.faz.net/aktuell/rhein-main/moscheeverband-ditib-skepsis-nach-querelen-13724558.html](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/moscheeverband-ditib-skepsis-nach-querelen-13724558.html).

4 Vgl. [www.focus.de/politik/ausland/politik-und-gesellschaft-erdogan-und-seine-schattenkrieger\\_id\\_4776655.html](http://www.focus.de/politik/ausland/politik-und-gesellschaft-erdogan-und-seine-schattenkrieger_id_4776655.html).

Blick auf DITIB.<sup>5</sup> Das alles wirft Fragen auf: Was heißt das für die Zusammenarbeit, wenn eine so große Organisation stark von der Türkei aus beeinflusst wird? Wie gestaltet sich das Spannungsverhältnis zu anderen türkeistämmigen Bündnispartnern? Arbeiten die Akteure vor Ort konsequent genug gegen extremistische Positionen?

Der IRD vertritt geschätzt 40 000 bis 60 000 Muslime in Deutschland. Unter den 37 Vereinen, die unter dem IRD zusammengeschlossen sind, ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) die größte und einflussreichste Organisation. In den Bundesländern tritt der IRD oft unter dem Namen Islamische Föderation auf. Ideologisch stand (und steht in Teilen heute noch) die IGMG dem Islamismus nahe. In Deutschland sah sich die Organisation bis vor wenigen Jahren nebst dem Vorwurf des Islamismus der Beschuldigung des Antisemitismus ausgesetzt, was sie beispielsweise durch die Unterstützung des antisemitischen AlQuds-Tagsselbstverstärkte. Der aktuelle Verfassungsschutzbericht spricht von einem schwächer werdenden Extremismusbezug seit dem Tod des Gründervaters der IGMG Necmettin Erbakan. Dementsprechend würden nicht alle Mitglieder eine extremistische Zielsetzung vertreten. Es gebe aber an den Rändern weiterhin Anhänger, die sich mit den bisherigen ideologischen Konzepten des Islamismus identifizieren.<sup>6</sup> Klären sollte man, wie weit sich die Akteure vor Ort von der Ideologie der IGMG losgesagt haben. Will man einer Organisation, die noch vom Verfassungsschutz beobachtet wird, durch die Wahrnehmung als Kooperationspartner Legitimation verschaffen? Wie sehr ist der Kampf gegen Antisemitismus ein Thema im Verband?

Der ZMD ist trotz der relativ geringen Mitgliederanzahl von 15 000 bis 20 000 in der Öffentlichkeit besonders präsent. Im Gegensatz zu den anderen Organisationen ist er nicht durch türkeistämmige Muslime dominiert. Kritik handelte sich der ZMD aufgrund seiner Mitgliedsverbände wie der Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (ATIB) und der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) ein. ATIB ist eine Abspaltung der Auslandsorgani-

---

5 Vgl. [www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/videos-und-manuskripte/islamisten-dinslaken-100.html](http://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/videos-und-manuskripte/islamisten-dinslaken-100.html).

6 Vgl. [www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsbericht-2014](http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsbericht-2014).

sation der türkischen rechtsextremen Grauen Wölfe<sup>7</sup> und die IGD wird vom Verfassungsschutz aufgrund der ideologischen Ausrichtung an der Muslimbrüderschaft als möglicher Verstärker einer ablehnenden Haltung gegenüber westlichen Werten angesehen.<sup>8</sup> Auch hier stellen sich kritische Fragen: Wie groß ist der Einfluss dieser kritisch zu sehenden Verbandsteile? Wie sehr ist der politische Wandel ernst zu nehmen? Wie sind die Akteure vor Ort einzuschätzen?

Die aufgeworfenen Fragen dürfen selbstverständlich nicht dafür missbraucht werden, einen Generalverdacht zu erzeugen. Gerade vor dem Hintergrund, dass in den Verbänden einige positive Entwicklungen zu beobachten sind, müssen alle Mittel genutzt werden, um die progressiven Kräfte zu stärken. Ein Ausschließen per se würde nur den radikalen und ultrakonservativen Teilen Auftrieb geben. Worum es im Kern geht: Glaubwürdigkeit und Normalität. Glaubwürdigkeit im Kampf gegen jedwede extremistische Position, egal welcher Herkunft. „Es ist mehr die Haltung zu dieser Gesellschaftsform, die Trennlinien schafft – nicht mehr der Migrationshintergrund“<sup>9</sup>, sagte Naika Foroutan, stellvertretende Direktorin des Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin, treffend in einem Interview über die neue Trennlinie in unserer Gesellschaft.

Zwar scheinen brutale Auswüchse des islamistischen Terrorismus wie der IS die Koordinaten zu verschieben, wodurch das Extreme neben dem Extremieren nur noch halb so schlimm wirkt. Jedoch gehört es selbstverständlich zur Normalität, dass wir die freie Gesellschaft schützen. So wie wir den menschenverachtenden Rechtsextremismus klar und entschieden ablehnen, gilt dies auch für extremistische muslimische Haltungen. Entsprechend wichtig ist es, dass Organisationen der Einwanderungsgesellschaft keine Zweifel an ihrer Haltung zu Demokratie und Menschenrechten aufkommen lassen.

---

7 Vgl. [webstory.zdf.de/graue-woelfe/](http://webstory.zdf.de/graue-woelfe/).

8 Vgl. [www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=12328&article\\_id=54221&\\_psmand=30](http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=12328&article_id=54221&_psmand=30).

9 Vgl. [www.fr-online.de/kultur/migration---das-ist-das-neue-deutschland-,1472786,29310550.html](http://www.fr-online.de/kultur/migration---das-ist-das-neue-deutschland-,1472786,29310550.html).



## Für einen deutschen Islam

Die beschriebenen positiven Entwicklungen in den großen Verbänden sind erfreulich, aber es bleibt weiterhin Tatsache, dass sie einem traditionellen Islamverständnis verhaftet sind, das heißt, dass eine konservative Auslegung des Islams dominiert. Auswirkungen dieser Ausrichtung erkennt man von der Familien- über die Gleichstellungspolitik zu vielen anderen Bereichen. Darin unterscheiden sie sich kaum von alten deutschen Organisationen im konservativen Spektrum. Auch hier stellt sich für die Sozialdemokratie die Aufgabe, Gleiches gleich zu behandeln. Wer sich nicht mit einem ultrakonservativen Bischof wie dem Schweizer Vitus Huonder, der Bibelstellen zur Forderung der Todesstrafe für Homosexuelle anführt, zusammensetzen würde, muss genauso einen homophoben Imam ablehnen. Wer die AfD für ihren irrsinnigen Kampf gegen den „Gender-Wahn“ kritisiert, der darf bei anderen Organisationen nicht schweigen.

Der Blick auf die alten Organisationen der Muslime soll aber nicht dazu führen, neue Entwicklungen außer Acht zu lassen. Mittlerweile entstehen neue Gemeinden in Deutschland, die jenseits von Herkunftsdebatten eine moderne Auslegung des Islams leben, wie etwa der Liberal Muslimische Bund. Sie können zusammen mit den immer mehr werdenden jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an unseren islamischen Fakultäten wichtige Bausteine auf dem Weg zu einem deutschen Islam werden. Sie können außerdem die Vertretungslücke zu denen schließen, die sich von den großen konservativen Organisationen nicht vertreten fühlen.

Losgelöst von der Frage der Organisationen, ist der direkte Draht auch bei Muslimen der bessere. So, wie wir auch sonst das Individuum ins Zentrum unserer politischen Ansprache stellen, so gilt es auch, die individuellen Interessen von Muslimen anzusprechen – als Arbeitnehmer, als Familie, als Alleinerziehende, als Rentner, als das, was ihre Rolle in unserer Gesellschaft ist. Hierbei geht es dann um Teilhabe, um Aufstiegsbarrieren und die Zugehörigkeit.